



Haushalt 2021 - wir würden gerne mit ein paar Fakten weiterhelfen

Nachdem derzeit einige Stilblüten innerhalb der sozialen Medien bezüglich der nicht zufriedenstellenden Haushaltssituation der Stadt Dachau grassieren, wollen wir die Gelegenheit wahrnehmen, ein paar Fakten zum Haushalt 2021 zusammenzufassen:

Haben Fehlinvestitionen zu diesem Zustand beigetragen?

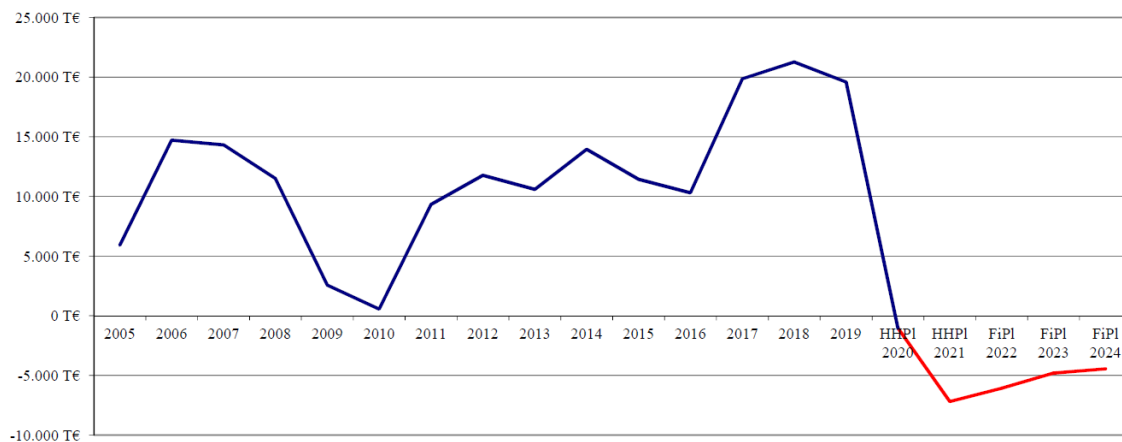
Die Stadt Dachau wird zum Jahresende 2020 einen Schuldenstand von 221.000 € aufweisen. Bei einer Einwohnerzahl von 47.890 Einwohner*innen entspricht dies einem Schuldenstand von 4,62 €/Einwohner*in.

Bei allen bayerischen Gemeinden lag die Verschuldung in 2018 im Schnitt bei 411 €/Einwohner*in. Sowohl innerhalb des Landkreises Dachau als auch im Verhältnis zum bayerischen Durchschnitt weist die Stadt Dachau somit eine außerordentlich positive Bilanz auf.

Denn zugleich wird man zu Ende des Jahres noch über finanzielle Rücklagen von ca. 30 Mio. € verfügen.

Von 2008 bis 2013 wurden insgesamt ca. 47 Mio € dem Vermögenshaushalt zugeführt. **Von 2013 bis 2019 liegt dieser Wert sogar bei ca. 83 Mio. €.**

Entwicklung der Zuführungsrate
vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt



Das bedeutet, dass es bis zum Jahr 2020 gelungen ist, die städtischen Investitionen durch die eingestellten Rücklagen (aus Überschüssen des laufenden Haushalts) zu decken.

In Bezug auf die Großinvestitionen im Bereich des Schulwesens, Sportstätten, Kinderbetreuungseinrichtungen etc. wurde jedoch bereits in den letzten Jahren prognostiziert, dass zukünftig eine Schuldenaufnahme unvermeidlich sein wird. In Anbetracht der nahezu Schuldenfreiheit der Stadt Dachau ist dies jedoch nicht der Auslöser der kritischen Situation.



Der aktuelle Zustand ist folglich nicht auf Investitionen wie z.B. die Ausweitung des Radverkehrsnetzes oder andere Investitionen zurückzuführen.

Corona ist doch gar nicht für die Situation verantwortlich, das war doch vorher schon klar?

Folgende Frage: wenn die Corona-Krise keine wirtschaftliche Notsituation darstellt, weshalb ist dann die Bundesregierung gezwungen, ein Hilfspaket von 353 Milliarden Euro¹ (mithin mehr als 4.000 € pro Kopf) zur Überbrückung dieser Krise zu beschließen?

Und die Notwendigkeit dieser finanziellen Unterstützung wird auch von keiner Partei oder keinem Interessensverband kritisiert. Kritik gibt es maximal an den Fellstücken des Bärenfells, weil auch ein 353-Milliarden-Paket nicht alle Notlagen ausgleichen helfen wird.

Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn die Steuerschätzung auch in Bezug auf die kommunalen Steuereinnahmen von drastischen Einbußen ausgeht. Im Vergleich zur Steuerschätzung vom letzten Jahr **fehlen der Stadt Dachau im kommenden Jahr und in 2022 jeweils ca. 5 Mio €** im Vergleich zu den „Vor-Corona“-Prognosen.

		Prognose laut Steuerschätzung für den Haushalt 2020 und 2021			
		2021	2022	2023	2024
Gewerbesteuer HHSt. 0.9000.0030	HPL 2020	24.500.000 €	25.000.000 €	25.500.000 €	-
	HPL 2021	22.000.000 €	23.000.000 €	24.000.000 €	25.000.000 €
	Differenz	-2.500.000 €	-2.000.000 €	-1.500.000 €	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer HHSt. 0.9000.0100	HPL 2020	40.440.000 €	42.260.000 €	44.160.000 €	-
	HPL 2021	37.550.000 €	39.465.000 €	41.870.000 €	44.380.000 €
	Differenz	-2.890.000 €	-2.795.000 €	-2.290.000 €	
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer HHSt. 0.9000.0120	HPL 2020	3.250.000 €	3.320.000 €	3.385.000 €	-
	HPL 2021	3.750.000 €	3.330.000 €	3.405.000 €	3.480.000 €
	Differenz	500.000 €	10.000 €	20.000 €	
Einkommensteuerersatz HHSt. 0.9000.0615	HPL 2020	2.715.000 €	2.740.000 €	2.770.000 €	-
	HPL 2021	2.625.000 €	2.650.000 €	2.675.000 €	2.700.000 €
	Differenz	-90.000 €	-90.000 €	-95.000 €	
Defizit zum Vorjahr		-4.980.000 €	-4.875.000 €	-3.865.000 €	-

Während für 2020 zumindest die coronabedingte Gewerbesteuereinbuße vom Bund kompensiert werden soll, besteht diese Zusage nicht mehr für 2021 ff. Würde diese Zusage auf 2021 erweitert werden, könnte man das Defizit im Bereich der erwarteten Steuereinnahmen reduzieren, aber nicht vollständig kompensieren.

Aber zur Wahrheit gehört auch, dass die aktuelle Notlage nur das offenbart, was seit Jahren schwelt, nämlich eine konsequente **finanzielle Unterversorgung der Städte und Kommunen**. Dieser Effekt wird zwar seit Jahren immer mal wieder vorgetragen, solange jedoch die Kommunen diese Situation zähneknirschend, aber letztendlich leidlich in den Griff bekamen, sah sich niemand gezwungen, an bestehenden Regelungen etwas zu ändern.

¹ Stand: 11/2020



Oberbürgermeister Florian Hartmann hat hierzu in den letzten Tagen eine Resolution bayerischer Städte und Gemeinden für eine bessere Finanzierung der Kommunen mit unterzeichnet. "Die staatlichen Finanzaufweisungen müssen endlich der Realität angepasst werden", fordert Hartmann. Die Resolution zeige ganz klar, dass Dachau nicht die einzige Stadt sei, die vor finanziell schwierigen Zeiten stehe, und dass diese Situation nicht hausgemacht oder selbst verschuldet sei, sondern strukturell. "Und sie zeigt, dass ich nicht der Einzige bin, der eine bessere staatliche Finanzierung der Kommunen fordert, sondern diese Forderung von all meinen Amtskollegen geteilt wird, und zwar parteiübergreifend." <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/dachau/dachau-hartmann-staat-muss-staedte-finanziell-staerken-1.5115946>

Aber die Kommunen kriegen doch eh die Einbußen aus der Gewerbesteuer erstattet?

Diese Zusage galt bislang nur für das Jahr 2020, kann also nicht für den Finanzplan der Jahre 2021-2023 den Prognosen zugrunde gelegt werden.

Außerdem zeigt sich bei diesem Mechanismus ein Ungleichgewicht, denn gerade Kommunen in Ballungsräumen, wie es bei Dachau der Fall ist, haben ein anderes Verhältnis von Gewerbe zu Einwohner*innen.

„Ich bin enttäuscht, dass die Staatsregierung ausschließlich die Ausfälle bei den Gewerbesteuern kompensieren will. Davon profitieren nur Kommunen mit hohem Gewerbesteueranteil“, so hat es der Haimhauser Bürgermeister treffend beschrieben.

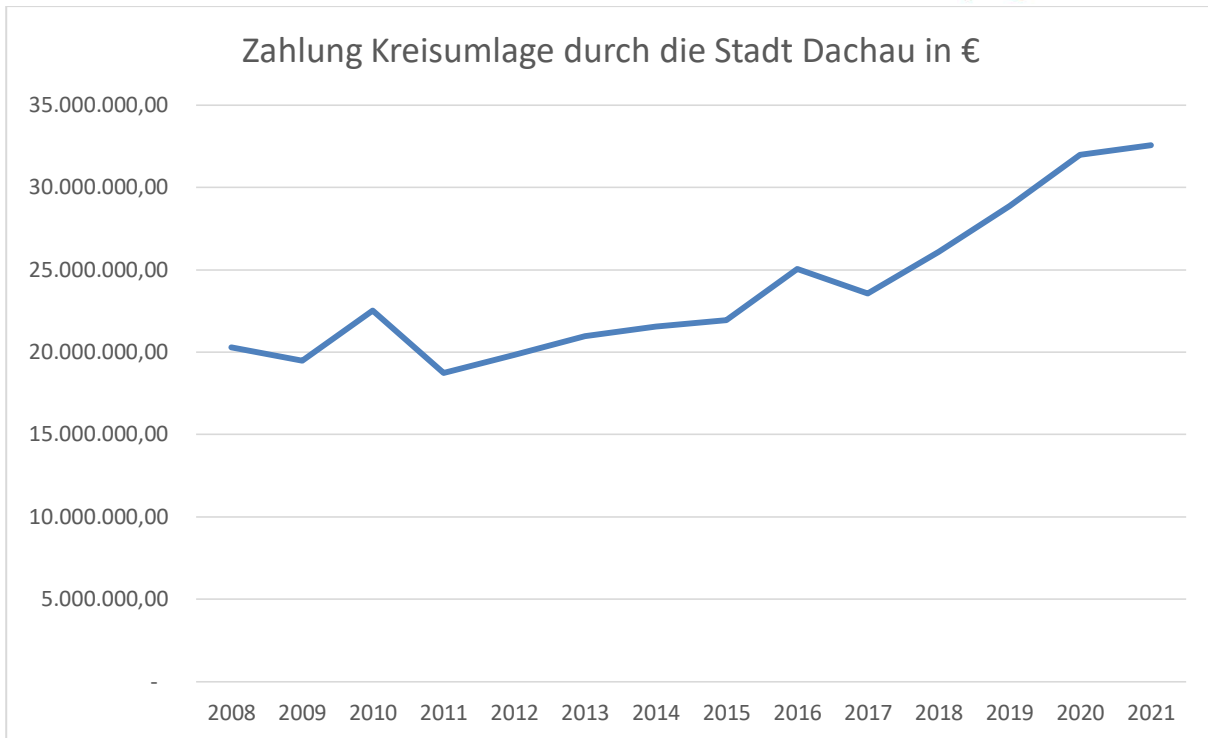
Die städtischen Ausgaben verhalten sich nachvollziehbarerweise proportional zur Einwohnerzahl und weniger zum Gewerbeanteil. Und dieses Ungleichgewicht gilt es bei der an sich gut gemeinten Unterstützung seitens der Bundesregierung durch andere oder flankierende Maßnahmen zu korrigieren.

Warum soll denn die Kreisumlage an allem schuld sein?

Die Kreisumlage, die die Stadt Dachau an den Landkreis Dachau abzuführen hat, ist nicht an allem schuld. Aber festzustellen ist der drastische Anstieg der Kreisumlage in den letzten Jahren.

Denn während die Kreisumlage im Zeitraum von 2008 bis 2014 um akzeptable 6% (von 20.277.769 € auf 21.555.278 €) anstieg, ist dieser **Wert von 2014 bis 2020 um 48% gestiegen (auf 31.995.576 €)**.

10 Mio € mehr innerhalb von 6 Jahren spielt eine überaus gewichtige Rolle, denn diesem Mehr stehen keine Mehreinnahmen gegenüber.



Wenn über Jahre eine Ausgabenposition überproportional zu den Einnahmen anwächst, führt dies zwangsläufig zu dem Effekt, dass die laufenden Ausgaben eben nicht mehr gedeckt werden können.

Zur Information: die Unterdeckung für das Haushaltsjahr 2021 beträgt 7,25 Mio €. Eine moderate Anpassung der Kreisumlage würde a) dazu beitragen, dass Dachau einen ausgeglichen Haushalt selbst in der Krise erreichen würde, und hätte b) dazu beigetragen, dass in den letzten Jahren noch mehr finanzielle Rücklagen für die anstehenden städtischen Investitionen hätten geschaffen werden können.

Ich höre immer, die Kinder sind an allem schuld. Stimmt das?

Verzeichneten die kommunalen Kinderbetreuungskosten von 2008 bis 2014 einen Anstieg um etwa 40%, so hat sich dieser seit 2014 in absoluten Zahlen mehr als verdoppelt.

2017	2018	2019	HHPI 2020	HHPI 2021	FPL 2022	FPL 2023	FPL 2024
9,64 Mio. €	11,26 Mio. €	12,38 Mio. €	14,75 Mio. €	15,53 Mio. €	15,99 Mio. €	17,47 Mio. €	19,02 Mio. €

Während die Kinderbetreuung eines Kindes den städtischen Haushalt im Schnitt mit 4.480 € pro Jahr belastet, liegt die Kostenerstattung des Freistaats derzeit bei einem Basiswert von 1.217 € pro Kind. Während aus kommunaler Sicht die Ausgaben überproportional steigen, steigt der Kostenerstattungsanteil von Seiten des Freistaats nur marginal jedes Jahr.



Natürlich sind die Kinder nicht schuld an dieser Entwicklung, aber mangelnde finanzielle Unterstützung seitens des Freistaats bzw. des Bundes führen zu diesem starken kommunalen Defizit im Bereich der Kinderbetreuung. Man kann nicht von den Kommunen verpflichtende Vollversorgung fordern, ohne eine finanziell adäquate Gegenfinanzierung dauerhaft zu installieren.

Wir haben einfach zu wenig Gewerbe, oder?

Grundsätzlich teilen wir die Ansicht, dass mehr Gewerbe für Dachau wichtig wäre. Aber gerade die Suche nach potentiellen Gewerbeflächen in Dachau (man hatte dies in den vergangenen 6 Jahren im Rahmen einer Bürgerbeteiligung eruiert) zeigt, dass es nur begrenzt geeignete Gewerbeflächen gibt.

Und die Diskussion um das ehemalige Seeber-Gelände zeigt, dass neue Gewerbegebiete in Anbetracht der Spannungsfelder „Anwohnerbeeinträchtigung“ (z.B.) und auch „zusätzliche Verkehrsbelastung“ keine einfache Übung darstellen. Gleichzeitig führen Flächenengpässe dazu, dass expandierende Firmen unter Umständen Dachau zu Gunsten größerer verfügbarer Flächen verlassen müssen.

Also, mehr Gewerbe ist leicht gesagt, aber schwer und nur mittel- bis langfristig umzusetzen.